



Dein Job, deine Zukunft: Rede mit!

Abschlussbericht

**zur zweiten Phase zum Strukturierten Dialog
in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

Rat der deutschsprachigen Jugend

Hütte 79 / 16

4700 Eupen

Tel: 087/ 56 09 79

Fax : 087/56 09 44

Email: rdj@rdj.be

Web: www.rdj.be

Prozess:

Die Nationale Arbeitsgruppe (NWG) der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) hat zur Durchführung des SD zwischen Juni und September die zweite Konsultation der Jugendlichen der DG bezüglich einer verbesserten Politik im Bereich der Jugendbeschäftigung organisiert. Die Resultate wurden Anfang September 2010 an den Europäischen Lenkungsausschuss weitergeleitet und flossen in die Jugendkonferenz der belgischen EU-Ratspräsidentschaft ein, welche vom 2.-4. Oktober in Leuven stattfand.

Nachdem bereits in einer ersten Phase (erstes Halbjahr 2010) europaweit Probleme definiert wurden unter welchen Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt zu leiden haben, sollten nun Lösungen gefunden werden. Hierfür befragte die NWG Jugendliche nach ihrer Meinung. Drei Konsultationen von Jugendlichen, wovon eine aus Mangel an Teilnehmern abgesagt werden musste. Zum einen wurde das Plenum des Rates der deutschsprachigen Jugend befragt. Hier sind neben individuellen Jugendlichen, auch die Jugendorganisationen, Jugendzentren, Jugenddienste sowie die Jungparteien der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertreten. Da dieses Plenum als offenes Plenum gestaltet wurde, hatten auch Nicht-stimmberechtigte Jugendliche Zutritt zu dieser Konsultation. Neben der Werbung im Rundfunk der DG wurden auch die jugendlichen Teilnehmer der ersten Phase des SD zu dieser zweiten Konsultation eingeladen. So diskutierten bei diesem Plenum 17 Jugendliche zum Thema Jugendbeschäftigung.

Zum anderen sollte durch zwei weitere Fokusgruppen die Expertise in den verschiedenen Bereichen der organisierten Jugend genutzt werden. So diskutierten die Vertreter der Jungparteien und Junggewerkschaften gemeinsam zum Thema Jugendbeschäftigung während bei einem anderen Treffen die Jugendorganisationen zu Wort kommen sollten. Aufgrund der Sommerferien und den hiermit verbundenen Ferienlagern und urlaubsbedingten Abwesenheiten konnte diese Konsultation nicht stattfinden.

Beide Treffen sollten die Möglichkeit bieten, die besondere Sichtweise hervor zu heben. Beim Treffen der Jungparteien und Junggewerkschaften waren neben der Moderatorin und dem Berichterstatter 9 Jugendliche anwesend.

Während eines koordinierenden Treffens auf belgischer Ebene wurden die Resultate dieser ostbelgischen Konsultation mit denen der Flamen und Wallonen verglichen und in Zusammenarbeit mit Experten weiterentwickelt. Auf Grundlage dieser belgischen Konsultation wurde der Bericht an den Europäischen Lenkungsausschuss geschrieben.

Abschließend trafen sich Jugendliche mit Experten der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung, Wirtschaft und Politik. Diese wurden mit den Ergebnissen der ersten drei Treffen konfrontiert und konnten letzte Vorschläge unterbreiten, sowohl was die Politik auf europäischer Ebene anbelangt als auch deren konkrete Umsetzung in der DG.

Joel Arens
Berichterstatter

1. Wie kann man die Informationen, die Anleitung und die (finanzielle) Unterstützung für Jugendliche verbessern, um ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt (als Arbeiter, Angestellte oder Selbstständige) zu erleichtern?

Jugendliche sind den Anforderungen der Arbeitsplatzsuche nicht immer gewachsen.

- Ein Bewerbungstraining sollte in den Lehrplänen vorgesehen werden.
- Ein Fach „gesellschaftliche Kompetenzen“, - wie fülle ich eine Steuererklärung aus? Wie bewerbe ich mich? Was sind meine Rechte? Welche Informationsmöglichkeiten gibt es? Worin sehe ich meine Zukunft? Welches sind meine Stärken? Wie kann ich meine Stärken weiter ausbauen und meine Schwächen in Stärken umwandeln?... - europaweit verpflichtet werden. Dadurch sollen die Jugendlichen besser auf die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt vorbereitet werden.
- Durch Vorpraktika in den Schulen können Jugendliche aber auch erste Berufserfahrungen sammeln. Das bestehende System der Schnupperwochen könnte hierzu ausgebaut werden.
- Auch sollte in Schulen Platz geschaffen werden, im Rahmen von z.B. Projektwochen, in denen sich Schüler informieren können, nicht nur über Betriebe, sondern auch über ihre Rechte, Pflichten und die Möglichkeiten ihres Studiums oder ihrer Ausbildung. Die sozialen Partner und die Arbeitsämter sollten hierbei auch beteiligt werden. Diese Information sollte interaktiv sein. Auch können ehemalige oder heutige Studenten und Lehrlinge über ihre Erfahrungen berichten. Da viele Jugendliche eine Lehre in Erwägung ziehen, sollten diese Informationen schon im zweiten Sekundarschuljahr stattfinden. Auf bestehende Möglichkeiten sollte mehr Aufmerksamkeit gerichtet werden.

Arbeitgeber sollten finanzielle Unterstützung erhalten, um Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das heutige System in Belgien kann aber langfristig nicht funktionieren, da es nicht nachhaltig aufgebaut ist und nach kurzer Zeit verschwinden wird. Auch werden die Jugendlichen als „billige Arbeitskraft für ein Jahr“ angesehen, deren Nutzen für den Betrieb nach dieser finanziellen Erleichterung vielleicht eher gering angesehen wird.

- Das bestehende System sollte evaluiert und angepasst werden.
- Einem Missbrauch des Systems sollte entgegengewirkt werden, Zum Beispiel durch verpflichtete Einstellung der Jugendlichen, die Unvereinbarkeit von Entlassungen und geförderten Neueinstellungen.

Die Vermittlungsarbeit im Beschäftigungsbereich, vor allem durch die Arbeitsämter aber auch durch die Interimbüros sollte überdacht werden. Teilweise fehlen Angebote da die Jugendlichen zu wenig qualifiziert oder überqualifiziert sind.

- Die konkreten Hilfestellungen der Arbeitsämter sollten an die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst werden, um ihnen das Gefühl der Unsicherheit und Nutzlosigkeit zu nehmen.
- Hierzu ist es notwendig, dass die Arbeitsämter nicht abwarten bis die Jugendlichen orientierungslos ins Netz fallen, sondern dass sie pro-aktiv informieren und Lö-

sungsansätze bieten. Dies kann zum Beispiel durch eine persönliche Beratung und Betreuung von Jugendlichen durch einen Jobcoach geschehen, welche durch das Arbeitsamt angeboten werden und auch auf Jugendliche zugeschnitten sind.

- Zeitgleich sollte auch die Wartezeit bis zu Erhalt des Arbeitslosengeldes verringert werden, um so die Unabhängigkeit von Jugendlichen zu vergrößern.
- Jugendliche sollten verpflichtet werden, sich schon vor Ende ihres Studiums beim Arbeitsamt einzuschreiben. So können sie schon von deren Angeboten profitieren, obschon sie noch mit Endarbeit und Prüfungen beschäftigt sind. Informationen diesbezüglich sollten an alle Studenten und Auszubildenden verteilt werden.

Um unnötige Behördengänge und Fehler zu vermeiden, sollte die Information von Jugendlichen in ‚ihrer‘ Sprache geschehen, also so, dass die Jugendlichen die Informationen korrekt verstehen und umsetzen können.

Bei finanziellen Problemen, sei es beim Studium, in der Ausbildung oder in der Selbstständigkeit, bleibt es unklar wie diese Probleme zu lösen sind, die Informationswege sollten daher ausgebaut werden.

Jugendliche nutzen Praktika oft als Einstieg in den Arbeitsmarkt. Da sie aber oft weder ein Entgelt für die geleistete Arbeit noch Kindergeld erhalten, geraten sie in ein soziales Niemandsland.

- Ein soziales Statut für Praktikanten sowie eine Freistellung durch das Nationale Arbeitsbüro könnten hier Abhilfe schaffen.
- Auch sollten Praktika wann immer möglich in das formale Bildungssystem integriert werden.
- Praktika fördern die Bildung des jungen Erwachsenen. Daher sollte diese Form der Ausbildung als solche anerkannt werden und an einheitliche Regeln geknüpft werden.

Vor allem die Schulen und Jugendzentren sind hier in der Pflicht, denn die relevanten Zielgruppen gehen nicht von sich aus auf die Suche nach diesen Informationen, da die verschiedenen bestehenden Medien keine deutlichen Antworten auf diese Fragen bieten und für Jugendliche schwer zugänglich sind.

- Schulen und Jugendarbeit sollten ein Forum bieten, um Jugendliche mit diesen Möglichkeiten zu konfrontieren.
- Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf sollten auch von der Jugendarbeit aufgesucht werden, da nur dadurch ihr Zugang zu diesen Informationen gewährleistet werden kann. Eine Kooperation mit dem Arbeitsamt ist hier ratsam.

Für Jugendorganisationen ist es schwierig in diese Prozesse einzugreifen.

- Sie können aber zum Beispiel einen Austausch von Lagerköchen organisieren, beziehungsweise koordinieren. So können Jugendliche eine Sprache in einem informellen Rahmen in einem anderen Sprachgebiet erlernen und haben somit verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
- Einige Jugendliche können nicht strukturieren und organisieren. Diese Kompetenzen können Jugendliche aber nicht nur in der Schule erlernen, sondern auch dadurch, sich in der Jugendarbeit zu engagieren.

- Besonders Jugendliche aus sozialschwachen Familien sollten ermutigt werden, an Aktivitäten von Jugendorganisationen teilzunehmen. Dadurch werden ihre sozialen Kompetenzen gefördert und ein positiver Beitrag zu ihrer nichtformalen Bildung geleistet.

Informationen zu den verschiedensten Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, Schulen, Universitäten, Gemeinden, Arbeitsämtern und den Infotreffs sollten gebündelt werden.

- Infozentren sind die erste Anlaufstelle für alle Arten der Jugendinformation. Daher sollen sie die Bündelung dieser Informationen übernehmen, gegebenenfalls integriert in ein gemeinsames „Haus der Jugend“, in dem Jugendliche alles finden was sie an Informationen und räumlichen Möglichkeiten benötigen.
- Damit die Jugendlichen auch den Weg in die Infozentren finden, sollte diese zu Beginn eines jeden Schuljahres die Möglichkeit gegeben werden, sich den Schülern vorzustellen. Sie sollten auch Seminare und Beratungen anbieten können.

2. Wie kann man sicher stellen, dass die gewonnenen Kompetenzen (Fertigkeiten und Fähigkeiten) in der nicht-formalen Bildungen anerkannt werden?

Jugendliche engagieren sich in Jugendorganisationen, in Sportvereinen, kulturellen oder sozialen Einrichtungen und Organisationen. Hierbei erwerben sie bestimmte Kompetenzen, die auch für den Arbeitgeber oder für Jungunternehmer interessant sind.

- Um diese erworbenen Kompetenzen zu verdeutlichen, sollte dieses Engagement belohnt werden. So sollten Organisationen Standardformulare ausfüllen können, welche die erworbenen Kompetenzen auflisten und von offizieller Stelle zertifiziert werden, sodass sie auch als Referenz dienen können.
- Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte geleistetes Engagement und Ehrenamt würdigen und erlernte Kompetenzen formell anerkennen, sowohl in der Jugendarbeit, im Sport oder anderen kulturellen und sozialen Einrichtungen.
- Diese Zertifikate sollten aber nicht nur von absolvierten Trainer- oder Animatorenausbildungen abhängig sein sondern auch andere Kompetenzen vermerken.
- Auch sollten diese europaweit vergleichbar sein, beziehungsweise in ein Europäisches Zertifikat integriert werden.
- Der „Youthpass“ als Bescheinigung für Non-formales Lernen innerhalb einiger Aktionen des „Jugend in Aktions“-programmes sollte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und zugänglich gemacht werden.
- Zudem muss Jugendlichen auch deutlich gemacht werden, dass ihr ehrenamtliches Engagement einen Mehrwert für ihren Lebenslauf darstellt und somit auch sicher vermerkt werden sollte.

Bestehende Möglichkeiten wie ein Europäischer Lebenslauf (Europass), sollten beim Abitur den Absolventen vorgestellt werden.

Nicht-formale Bildung begegnen wir nicht nur in der Jugendarbeit oder anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten sondern auch im Berufsleben, zum Beispiel durch Ferienjobs oder durch Praktika.

- Die hier erworbenen Kompetenzen müssen wie jede andere Form der nicht-formalen Bildung anerkannt und bewertet werden. Für Praktika bietet sich ein vergleichbares europäisches Bewertungssystem an.

Dennoch sollte weiterhin ein Unterschied zwischen bezahlten oder ehrenamtlichen Engagement gemacht werden.

3. Wie kann man verhindern, dass Jugendliche in finanzielle Schwierigkeiten geraten und ihnen Zugang zur sozialen Absicherung ermöglichen?

Wenn Jugendliche erst einmal durch das soziale Netz gefallen sind, haben sie oft auch keinen Antrieb mehr und sind nur noch schwer erreichbar. Sie denken, dass sie versagt haben.

- Deshalb ist es besser, dass die Jugendlichen erst gar nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind. Eltern sollten unterstützt und informiert werden, um ihre Kinder zum besseren Umgang mit den alltäglichen Dingen wie (Taschen)Geld oder Internetgebrauch zu erziehen.
- Oft kommen auch noch zwischenmenschliche und familiäre Probleme hinzu. Für solche Fälle müssen für Jugendliche auch Notunterkünfte zur Verfügung stehen. Die bestehenden sind aber oft überfüllt und somit stehen die Jugendlichen auf der Straße. Wichtig ist hierbei aber auch, dass Jugendliche betreut werden, um so wieder schnell in die Gesellschaft integriert werden zu können.
- Der soziale Wohnungsbau sollte daher verstärkt gefördert werden.

Maßnahmen sollten auch präventiv angeboten werden. So sollten Jugendliche bei der Gründung von kleinen Unternehmen unterstützt werden, um so zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen.

Jugendarmut wird oft nicht als Problem wahrgenommen. Diese Armut hat aber auch einen entscheidenden Einfluss auf die Chancengleichheit von Jugendlichen sowohl in der Bildung als auch auf dem Arbeitsmarkt.

- Finanzielle Probleme beim Studium könnten durch ein zinsfreies (staatliches) Darlehn System gelöst werden, welches neben den bestehen Studienbeihilfen und Stipendien aufgebaut werden sollte. So können sich die Jugendlichen selbstständig aus der Situation befreien. Dieses Geld sollte ihnen zinsfrei zur Verfügung gestellt werden.
- Mehr Studienbörsen sollten angeboten werden.
- Hindernisse müssen aus dem Weg geräumt werden, um jeden Jugendlichen den Zugang zu einer Ausbildung zu ermöglichen. So könnten auch materielle Vorteile,

zum Beispiel in der Form von vergünstigten Studentenwohnheimen oder PC's diese Barrieren aus dem Weg räumen.

- Um Jugendarmut zu verhindern, sollten vereinfachte und transparentere Informationen und Betreuung durch das ÖSHZ angeboten werden.
- Durch Praktika, langfristiges soziales Engagement oder Freiwilligendienste im Ausland bringen Jugendliche die besten Qualifikationen mit. Ohne solche ist ein junger Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig. Daher sollte die soziale Absicherung und das soziale Statut deutlich und für die Jugendlichen vorteilhaft definiert werden.

Die Angebote um das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg zu erhalten, sollten ausgebaut werden. So können auch Spätentschlossene noch den Weg zu Hochschulen und Universitäten finden, um in der heutigen Wissensgesellschaft wettbewerbsfähig zu bleiben.

Viele Jugendliche werden schon in jungen Jahren ungewollt und unbewusst mit Schulden konfrontiert.

- Schuldenprävention muss als Bildungsaufgabe gesehen werden. So kann zum Beispiel im Rahmen des Bürgerkundeunterrichtes auch Zeit zum besseren Verständnis des Finanzsystems oder zum korrekten Umgang mit Geld zur Verfügung stehen. Jugendliche müssen den richtigen Umgang mit Geld lernen. Deshalb sollten die Familie, Jugendorganisationen und andere Einrichtungen ihnen auch zeigen, was das Leben kostet.
- Ferienjobs sollten allen Jugendlichen zugänglich sein, damit sie unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern werden.
- Die offene Jugendarbeit und die Informationszentren sollten in Zusammenarbeit mit Finanz- und Schuldenberatern (kostenlose) Sprechstunden anbieten.
- Banken sollten freiwillig – oder gegebenenfalls nach einer staatlichen Intervention - eine Schuldengrenze für Jugendliche einführen.
- „Schuldenberggefährdete“ Jugendliche sollten präventiv Schuldnerberatungen in Anspruch nehmen können sobald sie ein bestimmtes Schuldenniveau erreicht haben.
- Antischuldenkampagnen sollten durchgeführt werden.
- Neben dem Mobiltelefon sind vor allem der Gebrauch von Drogen oder die Geburt eines Kindes die Ursachen vieler Schulden. Daher sollte durch präventive Kampagnen und anderen Sensibilisierungsmaßnahmen zum Drogenmissbrauch und Sexualität und Verhütung das Verhalten von Jugendlichen positiv beeinflusst werden. Diese können auch von den Eltern, der (offenen) Jugendarbeit oder anderen Einrichtungen angeboten werden.

Studenten und andere zukünftige Selbstständige sind oft nicht genügend auf ihre Selbstständigkeit vorbereitet.

- Ihre Ausbildung sollte Fächer wie Buchführung, Rechtliche Bestimmungen, Soziale Sicherheit und gegebenenfalls sogar Personalmanagement beinhalten.
- Sie sollten von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht nur in der Gründung neuer Betriebe unterstützt werden sondern auch in der beruflichen Unabhängigkeit beraten werden.

Jugendliche sollten besser über ihre Möglichkeiten informiert werden.

- Anlaufstellen sollten ausgebaut werden und auf alle jugendrelevanten Themen ausgeweitet werden.
- Öffnungszeiten von Einrichtungen sollten an das Publikum angepasst sein.
- Hilfe und Beratung durch Jugendvereinigungen sollte regelmäßig erfolgen.

Sozial schwache Jugendliche sollten in Organisationen integriert werden, um so ein soziales Netz zu schaffen.

- So könnte zum Beispiel die Versicherung von Jugendlichen aus finanzschwachen Familien übernommen werden, um auch ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich an der Gesellschaft zu beteiligen.

Den nicht organisierten Jugendlichen sollten ähnliche Möglichkeiten geboten werden wie den organisierten Jugendlichen.

- Daher sollte den Jugendtreffs eine zentrale Rolle im Bewerbungstraining und der Sensibilisierung zuerkannt werden.
- Hierzu müssen aber auch Ressourcen und Arbeitsplätze geschaffen werden, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Nur ehrenamtliche Arbeit kann das nicht schaffen.
- Sozialschwache Jugendliche sollten besser über ihre Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden.

4. Welche Maßnahmen können einen reibungslosen Übergang von der Bildung/Ausbildung zum Arbeitsmarkt gewährleisten?

Es besteht eine Diskrepanz zwischen Jobchance und persönlichen Interessen in der Aus- und Weiterbildung oder im Studium. Einige finden keine Lehr- oder Arbeitsstelle, andere Ausbildungen werden abgebrochen, Lehrstellen bleiben unbesetzt. Oft sind persönliche Probleme oder mangelndes Interesse die Schuld.

- Studenten sollten in ihrem Studium mehr mit Betrieben in Kontakt kommen. So sollte das Studium einerseits mehr praxisorientiert sein, mehr Praktika anbieten oder Netzwerktage organisieren, nicht nur in den wirtschaftsrelevanten Bereichen sondern auch für Studenten in Studiengebieten, die traditionell nicht die ersten Ansprechpartner auf dem Arbeitsmarkt sind.
- Schnupperwochen nach dem Abitur können in verschiedenen Bereichen - für Ausbildungs- und Studienberufe - die Berufschancen von Jugendlichen erheblich verbessern. So werden sie bereits vor dem Studienbeginn von den Berufsmöglichkeiten in Kenntnis gesetzt und können so gegebenenfalls noch ein anderes Studium in Erwägung ziehen.
- Ein Netzwerk von ehemaligen und erfahrenen Studenten und Lehrlingen sollte eingerichtet werden. Das Ziel ist es, die Studienberatung für Studien- und Ausbildungsanfänger zu vereinfachen. Dadurch sollen die Jugendlichen in ihrer Berufsori-

entierung gefördert werden. Dieses System besteht zwar schon an einigen Schulen, sollte aber ausgebaut werden!

Arbeitssuchende Jugendliche welche zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen wurden, sollten bei einer abgelehnten Kandidatur stets über die Gründe aufgeklärt werden. Nur so können sie sich verbessern.

Arbeitsämter sind nicht auf die Belange der Jugendlichen eingerichtet.

- Sie müssen attraktiver werden und den Jugendlichen eine angepasste Perspektive aufzeigen.
- Eine enge Zusammenarbeit mit Ausbildungseinrichtungen, den Jugendinformationszentren und den Betrieben ist eine Grundvoraussetzung für die Integration von Jugendlichen in die Arbeitswelt.

Schule ist oft zu „schulisch“. Viele Grundkenntnisse für das Funktionieren in der Gesellschaft fehlen. Teilweise ist der Unterricht zu abstrakt und realitätsfern, praktische Übungen sowie Kenntnisse über relevante Themen fehlen.

- Um Abhilfe bei diesem Problem zu schaffen, sollte in Schulen für Schüler verpflichtete Bewerbungscoachings durch Ehrenamtliche (Betriebsleiter, Personalmanager,...) angeboten werden, um die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- Die Inhalte jeder Ausbildung sollten mit den Bedürfnissen abgestimmt werden.
- Mehr Informationen über Mangelberufe, zum Beispiel durch einen Jobbranchenindex, Job- und Kontaktbörsen.
- Schulen sollten ein Bewerbungstraining und Simulationen von Bewerbungsgesprächen anbieten.
- Patenschaftsprojekte und (thematische) Gesprächsabende mit Ehemaligen sollten die Berufswahl und den Zugang zum Arbeitsmarkt für Schüler, Auszubildende und Studenten erleichtern.
- Universitäten sollten nicht nur die Theorie vermitteln sondern auch praxisorientiertes Arbeiten fördern.

Auch sollten mehr Lehrlingssekretäre sowie angepasste Öffnungszeiten der Sekretariate dazu beitragen, die bestehenden Probleme besser zu lösen und den Informationsfluss über die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung zu verbessern.

Der Ausnutzung von Praktikanten muss entgegengewirkt werden:

- klare gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Praktikanten, eine Begleitung des Praktikanten durch einen Coach, gegebenenfalls durch das Arbeitsamt sowie eine angemessene Bezahlung sind prioritär.
- Dennoch sollten wir den Unterschied machen zwischen Praktika während dem Studium und den Praktika, die nach dem Studium den Schritt in die Arbeitswelt vereinfachen. Auch wenn diese Praktika oft als Art der Ausbildung im Betrieb gesehen werden, dürfen diese Jugendlichen nicht als billige Arbeitskräfte gesehen werden.
- Praktika sollten an gewisse finanzielle Unterstützungen gebunden sein, sowohl während als auch nach dem Studium. Dies ist natürlich für den sozialen Sektor sowie für

gemeinnützige und Nichtregierungsorganisationen schwer umsetzbar. Daher sollte es auch einen Fonds für Entschädigungen ihrer Praktikanten geben.

Die Ausbildung in den Betrieben ist mit der Lehre nicht abgeschlossen. Weiterbildungen und weitere Begleitung sind notwendig.

- Die Selbstständigkeit und internationale Mobilität von jungen Gesellen und Meistern sollte gefördert und betreut werden.
- Kleinere Betriebe sollten mehr Möglichkeiten zur Einstellung von Lehrlingen erhalten.
- Gesellen sollten nach der Lehre übernommen oder weiter vermittelt werden.

Übergangsangebote oder eine bezahlte (soziale) Teilzeitbeschäftigung würde den Jugendlichen in einer ersten Phase ermöglichen währenddessen aktiv auf Arbeitsplatzsuche zu gehen.

- Betriebe sollten daher Übergangsarbeitsplätze schaffen, (als Übergang zwischen Schule und Arbeitsmarkt), gegebenenfalls mit Steuererleichterungen für diese Betriebe.

Die Ausbildung über die Grenzen hinweg, auch in der Lehre, sollte mehr gefördert werden. Dazu reicht es nicht Programme wie Leonardo, Comenius, oder Erasmus ins Leben zu rufen. Sie müssen auch für jeden zugänglich sein.

- Auch müssen die Zertifikate, Diplome oder Kompetenzen anerkannt werden, und zwar automatisch. Denn es ist überflüssig durch Übersetzungen, Behördengänge oder andere Notwendigkeiten diese Anerkennung zu einer kostenintensiven Angelegenheit für den Studenten werden zu lassen. Konkret sollte also das Anerkennungssystem angepasst werden. Denn nur so ist wirkliche Studentenmobilität und interkultureller Austausch möglich.

Eltern spielen eine bedeutende Rolle in der Entwicklung von sozialen Kompetenzen von Jugendlichen. Dennoch werden scheinbar nicht alle Eltern diesen Anforderungen gerecht, wodurch ein Dominoeffekt entstehen kann, Kinder von sozialschwachen Familien haben auch wenige konkrete Möglichkeiten sozial aufzusteigen.

- Elternschulen könnten hier einen Lösungsansatz darstellen. Sie können Ratschläge bekommen, um ihren Kindern die bestmöglich Zukunft zu bieten.

Jugendliche können durch die Jugendarbeit und die Schulen zur Eigeninitiative ermutigt werden.

- Vor allem durch die Jugendarbeit und soziale Einrichtungen werden die Jugendlichen sensibilisiert und merken dass sie für ihr Leben selbst verantwortlich sind.
- Durch ehrenamtliches Engagement können Jugendliche erste Erfahrungen sammeln. Diese Erfahrungen müssen aber auch von der Gesellschaft anerkannt werden.
- Auch könnten Jugendleiter speziell in der Vermittlung von Jugendlichen und Informationen geschult werden.
- Jugendliche, die noch auf einen Studienplatz warten, könnten so durch Projekte von sozialen Einrichtungen aufgefangen werden.

5. Wie kann man die Diskriminierung Jugendlicher in Bezug auf den Zugang zu Unterstützungsprogrammen, Qualitätsjobs und Informationen bekämpfen?

Alle Dienstleistungen sollten stärker vernetzt und sichtbarer sein. Oft sind die gebrauchte Sprache und die Komplexität der Informationen ein Hindernis für die Zugänglichkeit von Dienstleistungen für Jugendliche.

- Jugendliche brauchen eine zentrale Anlaufstelle, in der sie an ihre Bedürfnisse angepasste Informationen sammeln können. Diese Rolle können Schulen Jugendzentren oder andere Einrichtungen übernehmen. Wichtig ist allerdings dass die Informationen gebündelt werden.
- Die Einrichtungen sollten individuell eingreifen sowie die Jugendlichen begleiten und coachen können.
- Behördengänge müssen kürzer und transparenter gestaltet werden sowie an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst sein. Dies beinhaltet sowohl ein sprachliches Entgegenkommen als auch eine an die Situation des Jugendlichen angepasste Kommunikation.
- Auch sollten die Unterstützungsprogramme auf Jugendliche zugeschnitten sein.

Vorurteile bezüglich der Qualifikation oder der sozialen und kulturellen Identität müssen ausgeräumt werden. Ein vermeidlicher Nachteil kann auch von Vorteil sein. So ist ein junger Arbeitnehmer zwar unerfahren, strotzt aber vor Motivation und hat innovative und kreative Ideen zu bieten.

Ein Sonderstatut für Praktika sollte eingeführt werden, um so der Ausbeutung von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt entgegen zu wirken.

Bestimmte Gruppen von Jugendlichen werden nicht erreicht und so per Definition nicht bei der Lösung der Probleme berücksichtigt. Dennoch sind sie am stärksten von diesen Problemen betroffen.

- Aufsuchende Jugendarbeit durch Streetworker und Experten kann als Kommunikations- und Integrationsinstrument für solche Problemjugendliche dienen.
- Auch sollte durch die Jugendarbeit die Selbstinitiative von Jugendlichen gefördert werden. Dabei ist es aber zwingend notwendig, dass der Jugendarbeit auch die notwendigen materiellen, personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

6. Wie kann man die Beteiligung/Partizipation von Jugendlichen im sozialen Dialog gewährleisten/erweitern/verbessern?

Generell soll an der Einbindung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden festgehalten werden, sowohl im sozialen als auch im strukturellen Dialog.

- Dennoch sollten die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände aufgefordert werden sowohl junge Menschen (unter 30 Jahren, wenn möglich sogar unter 26 Jahren) in den Wirtschafts- und Sozialrat zu entsenden als auch ihnen Zugang zu führenden Positionen zu gewähren. So können die Probleme der Jugendlichen besser angesprochen und gelöst werden.
- Sollte die Integration von Jugendlichen in diesen Organisationen aber nicht möglich sein, sollten Jugendliche eigene Organisationen schaffen, sodass ihre Rechte besser vertreten werden können.

Wirkliche Partizipation ist keine Scheinpartizipation.

- So müssen Konsultationen stattfinden bevor Entscheidungen getroffen werden.
- Jugendforen und mehr Jungpolitiker in den Parlamenten können Instrumente sein, um den Zugang von Jugendlichen zu diesen Entscheidungen zu vereinfachen.
- Partizipation und Demokratie kann gelernt werden. Kinder- und Jugendräte sollten daher gefördert und wo noch nicht anwesend eingesetzt werden. Denn um Demokratie zu leben, ist es notwendig Demokratie zu lernen. Dies gilt auch für die Jugendorganisationen und die Jugendarbeit.
- Schulen können intern oder untereinander Austauschmöglichkeiten und (Diskussions-)Wettkämpfe einrichten, um so den Jugendlichen einen Einblick in die gelebte Demokratie zu vermitteln.

Jugendorganisationen und Einrichtungen sollten daher auch versuchen, verstärkt in und mit Schulen zu arbeiten, da auch Schülerräte eine besondere Form des Demokratieerlernens darstellen.

- Die Jugendarbeit sowie Schüler-, Kinder- und Jugendräte können einen wichtigen Beitrag zur Integration von sozial schwachen Jugendlichen liefern.
- Sensibilisierungskampagnen auf Leinwänden, mit Filmen,... können während Partys oder anderen Veranstaltungen Jugendliche über ihre partizipativen Möglichkeiten informieren.

Es ist notwendig, dass die Jugendlichen besser über die Themen dieser Partizipationsmöglichkeiten informiert werden.

- Hierbei sollte sowohl die Jugendarbeit als auch die Jugendräte besser über ihre Aufgaben und Positionierung informieren.

7. Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Privat- und Berufsleben besser vereinbaren zu können?

Auch heute noch spielt die soziale Herkunft eines Jugendlichen eine wichtige Rolle bei den Möglichkeiten, die Jugendlichen geboten werden. Dieses Defizit sollte in einer Demokratie sowohl in der Bildung als auch in der Berufsausbildung keine Rolle spielen.

- Anti-diskriminierende Maßnahmen sollten sowohl Betriebsintern als auch durch den Gesetzgeber getroffen werden, sodass allen Jugendlichen dieselben Möglichkeiten offen stehen.
- Es ist wichtig, dass Jugendliche ihre Rechte kennen! Deshalb sollte es Anlaufstellen geben, die sowohl juristische Beratungen anbieten als auch Hilfestellung bei psychischen Belastungen leisten können.
- Behörden sollen den Menschen zur Verfügung stehen und sind für die Gesellschaft von großer Wichtigkeit. Da die Menschen gezwungen sind, diese Behörden zu frequentieren, sollten sie auch dann geöffnet sein, wenn die Menschen ihrer Arbeit getan haben.

Mobbing ist auch am Arbeitsplatz ein Problem.

- Die Opfer müssen hierbei schnell betreut werden. Präventive Maßnahmen, zum Beispiel Teambuildingseminare, Antimobbingkampagnen oder Schulungen sollten die Anzahl der Mobbingopfer reduzieren.

Jugendliche sind oft auch junge Eltern. Besonders alleinerziehende Väter und Mütter stoßen dabei schnell an ihre Grenzen.

- Um ihre Situation zu verbessern, sollten große Betriebe eigene Kinderhorte anbieten. Kleinere Betriebe könnten gemeinsam die Kleinkindversorgung garantieren. Auch für die Schichtarbeiter muss eine Lösung gefunden werden („Schichtdienstkrippen“). Hierbei ist zu bemerken, dass der Betreuungsort möglichst nah beim Arbeitsort ist.
- Alternativ können auch Tagesmütter subventioniert werden. Hierdurch müssen mehr Plätze für Kinder- und außerschulischen Betreuung zur Verfügung stehen. Das Statut der Tagesmütter muss somit gestärkt werden.
- Kinder können im Krankheitsfalle ihren gewohnten Krippenplatz nicht in Anspruch nehmen. Dann sind Eltern oft auf sich allein gestellt. Dies muss verhindert werden.
- Wenn möglich sollten vertraglich festgelegte Arbeitszeiten eingehalten werden. Dennoch sollten Arbeitnehmer und Arbeitgeber flexibel sein um so die Arbeitslast bestmöglich mit der Privatsituation (Kinder, Pflegefälle, Kranke,...) zu kombinieren. Gleitende/angepasste Arbeitszeiten können hier eine Entlastung für junge Menschen sein.
- Die Arbeitszeit sollte verringert werden, um so mehr Zeit für soziale, kulturelle oder einfach nur private Zwecke zu haben.
- Heimarbeit ist in einer multimedialen Welt kein Problem und sollte somit auch von den Arbeitgebern gefördert werden.

- Verbesserter Mutterschutz bei befristeten Einstellungen.

Das kulturelle Leben der jungen Erwerbstätigen hat oft unter der Arbeit zu leiden: Überstunden, Fortbildungen, und die Angst ‚Nein‘ zu sagen dürfen nicht die Überhand gewinnen.

- Daher sollten Kulturchecks eingeführt werden wodurch Arbeitnehmer der Zugang zu kulturellen Aktivitäten erleichtert wird.
- Schwimmbäder und andere Sporteinrichtungen sollten in ihren Öffnungszeiten den Belangen der jungen Arbeitnehmer und jungen selbstständigen Rechnung tragen.

Arbeitnehmer müssen oft mobil sein und können sich vor allem im ländlichen Raum nicht immer auf die öffentlichen Verkehrsmittel verlassen.

- Größere Betriebe sollten daher auch Mobilitätskonzepte für ihre Mitarbeiter ausarbeiten und Jugendliche dabei unterstützen, einen Führerschein zu machen. Dies ist besonders in ländlichen Gebieten ein wichtiges Instrument für Jugendliche, um autonom leben zu können.
- Auch können Betriebe Firmenbusse vorsehen, welche die Arbeitnehmer zuhause abholen und sie nach der Arbeit auch wieder dorthin zurück bringen.

Die Jugendarbeit sollte versuchen, diese Forderungen zusammen mit den sozialen Partnern zu verwirklichen.

Zusammenfassung

1. Wie kann man die Informationen, die Anleitung und die (finanzielle) Unterstützung für Jugendliche verbessern, um ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt (als Arbeiter, Angestellte oder Selbstständige) zu erleichtern?

Die Vermittlungsarbeit im Beschäftigungsbereich, vor allem durch die Arbeitsämter aber auch durch die Interimbüros sollte überdacht werden. Teilweise fehlen Angebote, da die Jugendlichen zu wenig qualifiziert oder überqualifiziert sind. Die konkreten Hilfestellungen der Arbeitsämter sollten an die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst werden, um ihnen das Gefühl der Unsicherheit und Nutzlosigkeit zu nehmen. Arbeitsämter müssen pro-aktiv informieren und Lösungsansätze bieten. Dies kann zum Beispiel durch eine persönliche Beratung und Betreuung von Jugendlichen durch einen Jobcoach geschehen. Zeitgleich sollte auch die Wartezeit bis zu Erhalt des Arbeitslosengeldes verringert werden, um so die Unabhängigkeit von Jugendlichen zu vergrößern. Jugendliche sollten auch verpflichtet werden, sich schon vor Ende ihres Studiums beim Arbeitsamt einzuschreiben.

2. Wie kann man sicher stellen, dass die gewonnenen Kompetenzen (Fertigkeiten und Fähigkeiten) in der nicht-formalen Bildungen anerkannt werden?

Zertifikate sollten nicht nur von absolvierten Trainer- oder Animatorenausbildungen abhängig sein sondern auch andere Kompetenzen vermerken. Sie müssen europaweit vergleichbar sein, beziehungsweise in ein Europäisches Zertifikat integriert werden. Der „Youthpass“ als Bescheinigung für Non-formales Lernen innerhalb einiger Aktionen des „Jugend in Aktions“-programmes sollte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und zugänglich gemacht werden.

3. Wie kann man verhindern, dass Jugendliche in finanzielle Schwierigkeiten geraten und ihnen Zugang zur sozialen Absicherung ermöglichen?

Viele Jugendliche werden schon in jungen Jahren ungewollt und unbewusst mit Schulden konfrontiert. Schuldenprävention muss daher als Bildungsaufgabe gesehen werden. Ferienjobs sollten allen Jugendlichen zugänglich sein. Die offene Jugendarbeit und die Informationszentren sollten in Zusammenarbeit mit Finanz- und Schuldenberatern (kostenlose) Sprechstunden anbieten. Banken sollten gegebenenfalls durch eine staatlichen Intervention eine Schuldengrenze für Jugendliche einführen. „Schuldenberggefährdete“ Jugendliche sollten präventiv Schuldnerberatungen in Anspruch nehmen können sobald sie ein bestimmtes Schuldenniveau erreicht haben.

4. Welche Maßnahmen können einen reibungslosen Übergang von der Bildung/Ausbildung zum Arbeitsmarkt gewährleisten?

Jugendliche nutzen Praktika oft als Einstieg in den Arbeitsmarkt. Da sie aber oft weder ein Entgelt für die geleistete Arbeit noch Kindergeld erhalten, geraten sie in ein soziales Niemandsland. Ein soziales Statut für Praktikanten sowie eine Freistellung durch das Nationale Arbeitsbüro könnten hier Abhilfe schaffen. Praktika fördern die Bildung des jungen Erwachsenen. Daher sollte diese Form der Ausbildung als solche anerkannt werden und an einheitliche Regeln geknüpft werden, welche der Ausnutzung von Praktikanten entgegenwirken. Da eine finanzielle Entschädigung eines Praktikanten für soziale Einrichtungen und Nichtregie-

rungsorganisationen nicht immer tragbar ist, sollte die Einrichtung eines Fonds überdacht werden.

5. Wie kann man die Diskriminierung Jugendlicher in Bezug auf den Zugang zu Unterstützungsprogrammen, Qualitätsjobs und Informationen bekämpfen?

Jugendliche brauchen eine zentrale Anlaufstelle in denen sie an ihre Bedürfnisse angepasste Informationen sammeln können. Diese Rolle können Schulen, Jugendzentren oder andere Einrichtungen übernehmen. Wichtig ist allerdings dass die Informationen gebündelt werden. Die Einrichtungen sollten individuell eingreifen, sowie die Jugendlichen begleiten und coachen können. Behördengänge müssen kürzer und transparenter gestaltet werden sowie an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst sein. Dies beinhaltet sowohl ein sprachliches Entgegenkommen als auch eine an die Situation des Jugendlichen angepasste Kommunikation.

6. Wie kann man die Beteiligung/Partizipation von Jugendlichen im sozialen Dialog gewährleisten/erweitern/verbessern?

Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sollten aufgefordert werden sowohl junge Menschen (unter 30 Jahren, wenn möglich sogar unter 26 Jahren) in den Wirtschafts- und Sozialrat zu entsenden als auch ihnen Zugang zu führenden Positionen zu gewähren. So können die Probleme der Jugendlichen besser angesprochen und gelöst werden.

Partizipation und Demokratie können gelernt werden. Kinder- und Jugendräte sollten daher gefördert und wo noch nicht anwesend eingesetzt werden. Denn um Demokratie zu leben, ist es notwendig Demokratie zu lernen. Dies gilt auch für die Jugendorganisationen und die Jugendarbeit.

7. Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Privat- und Berufsleben besser vereinbaren zu können?

Wenn möglich sollten vertraglich festgelegte Arbeitszeiten eingehalten werden. Dennoch sollten Arbeitnehmer und Arbeitgeber flexibel sein, um so die Arbeitslast bestmöglich mit der Privatsituation (Kinder, Pflegefälle, Kranke,...) zu kombinieren. Gleitende/angepasste Arbeitszeiten können hier eine Entlastung für junge Menschen sein. Um die Situation von jungen Eltern zu verbessern, sollten große Betriebe eigene Kinderhorte anbieten. Kleinere Betriebe könnten gemeinsam die Kleinkindversorgung garantieren. Auch für die Schichtarbeiter muss eine Lösung gefunden werden („Schichtdienstkrippen“).

8. Inwiefern kann die Jugendarbeit zu der Umsetzung dieser Maßnahmen ein Beitrag leisten?

Aufsuchende Jugendarbeit damit auch Jugendliche informiert werden, welche isoliert werden oder sich selbst isolieren.

Bessere Information über die Aufgaben und Tätigkeiten von Jugendeinrichtungen.

Hierzu sind aber immer neue finanzielle und personelle Ressourcen notwendig.

Zwecks besserem Erlernen einer Sprache sollten Jugendorganisationen Austauschmöglichkeiten zum Erlernen einer fremden Sprache anbieten, z.B. als Koch bei Feriencamps.